

Stellungnahme

Anpassung der De-minimis-Verordnung

Das deutsche Handwerk unterstützt die Anpassung der Schwellenwerte für De-minimis-Beihilfen an die Inflation und sieht den neuen Grenzwert von 275.000 Euro pro Unternehmen in drei Geschäftsjahren als angemessen an. Die Einführung eines Zentralregisters kann dazu beitragen, Betriebe und beihilfegebende Stellen von bürokratischen Pflichten zu entlasten. Jedoch darf das Register aus Sicht des Handwerks nicht uneingeschränkt öffentlich zugänglich gemacht werden. Zudem bedarf es einer längeren Frist zur Umsetzung von mindestens einem Jahr. Für binnenmarktunschädliche Kleinbeihilfen von bis zu 1.000 Euro pro Beihilfe ist eine weitere Vereinfachung vorzusehen.

Berlin, 22.12.2022

Bewertung des Entwurfs der De-minimis-Verordnung

Die De-minimis-Verordnung sieht Ausnahmen vom generellen Beihilfenverbot für geringfügige Beträge vor, bei denen in Summe davon ausgegangen wird, dass sie sich nicht negativ auf den Wettbewerb und Handel im Binnenmarkt auswirken. Die Europäische Kommission sollte bei der anstehenden Überarbeitung ihre ausdrückliche Zielsetzung hinsichtlich eines wirtschaftlich starken Mittelstands sowie eines spürbaren Abbaus von Bürokratie gerecht werden und durch eine Vereinfachung bei der Anwendung der De-minimis-Verordnung gerade kleinste und kleine Betriebe entlasten.

Der Entwurf der De-minimis-Verordnung beinhaltet zwei wesentliche Veränderungsvorschläge: Die Erhöhung des Schwellenwertes und die Einführung eines verpflichtenden Zentralregisters.

Erhöhung des Schwellenwerte ist angemessen

Die aktuelle Obergrenze von 200.000 EUR Beihilfen in drei Steuerjahren wurde in der De-minimis-Verordnung von 2006 für den Zeitraum bis 2013 festgelegt. Seither wurden keine Anpassungen vorgenommen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Preisentwicklung der letzten beiden Jahrzehnte erscheint eine Anhebung der De-minimis-Beihilfen auf 275.00 EUR in drei Jahren pro Mitgliedsstaat aus Sicht des Handwerks daher angemessen.

Anpassungen bei der Ausgestaltung und Zugänglichkeit des Zentralregisters notwendig

Die Einführung eines obligatorischen Zentralregisters zur Erfassung von De-minimis-Beihilfen kann aus Sicht des ZDH grundsätzlich dazu geeignet sein, die bürokratischen Lasten und den Verwaltungsaufwand sowohl für die beihilfegebenden Stellen als auch für die geförderten Unternehmen zu reduzieren.

Der Vorschlag zur Überarbeitung der De-minimis-Verordnung sieht in Artikel 6 Abs. 2 vor, dass das zentrale De-minimis-Beihilfenregister über eine Website frei zugänglich sein muss, die keine Einschränkungen wie z. B. eine Anforderung zur vorherigen Nutzerregistrierung aufweist. Der Zugang der Öffentlichkeit ist aus Sicht des Handwerks jedoch nicht verhältnismäßig, um die Einhaltung der De-minimis-Schwellenwerte dokumentieren und seitens der EU-Kommission sowie der Nationalstaaten überprüfen zu können. Daher sollte das Zentralregister für die breite Öffentlichkeit nicht uneingeschränkt einsehbar sein.

De-minimis-Beihilfen sind nach dem europäischen Recht zulässig, da ihre Höhe in Summe so gering ist, dass eine spürbare Verzerrung des Wettbewerbs in der EU ausgeschlossen werden kann. De-minimis-Beihilfen tragen somit durch den eingeschränkten Umfang nicht dazu bei, dass Unternehmen einen signifikanten wirtschaftlichen Vorteil gegenüber Konkurrenzunternehmen auf den europäischen Binnenmarkt erlangen können. Auch aus diesem Grund ist eine uneingeschränkt zugängliche Auflistung aller De-minimis-Beihilfen nicht verhältnismäßig und verstößt zudem gegen die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten nach der Charta der Grundrechte der EU.

Zur Dokumentation und Überprüfung der Einhaltung der Höchstbeträge für De-minimis-Beihilfen reicht es vielmehr aus, dass die Gesamtsumme aller De-minimis-Beihilfen in den letzten drei Steuerjahren pro Unternehmen von der beihilfegebenden Stelle und nach vorheriger Registrierung auch detailliert vom beihilfeerhaltenden Unternehmen eingesehen werden können.

Insbesondere muss sichergestellt werden, dass eine zeitnahe Eintragung erfolgt und die zuwendungsgebenden Stellen direkt die Beträge einsehen und prüfen können, ob eine weitere Zuwendung noch innerhalb der De-minimis-Grenze liegt. Eintragungsbefugt muss deshalb jede beihilfegebende Stelle inklusive den Handwerksorganisationen sein. Von besonderer Bedeutung ist es hierbei, ein möglichst einfaches und bürokratiearmes Verfahren zur Akkreditierung der beihilfegebenden Stellen zu schaffen. Weitere Einzelheiten, wie in Artikel 6 Abs. 4 vorgesehen, sind dagegen für die Prüfung der Einhaltung der Schwellenwerte nicht zwingend erforderlich. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum alle diese Angaben öffentlich zugänglich sein sollen.

Umsetzungsfrist und Übergangszeit

Die im Entwurf vorgesehene Anpassungsfrist von 6 Monaten ist aus Sicht des ZDH zu kurz, um ein nationales Register zu erstellen. Es besteht daher die Gefahr, dass Deutschland innerhalb dieser Frist kein bürokratiearmes und für alle Beteiligten effektives Zentralregister aufsetzen kann. Mehr als auf die Schnelligkeit sollte es auf ein qualitativ gut ausgestaltetes Zentralregister ankommen, sodass eine Umsetzungsfrist von mindestens einem Jahr angemessen erscheint.

Artikel 6 (2) des Entwurfs sieht außerdem vor, dass der Absatz 1 nicht mehr anzuwenden ist, sobald die Informationen im Zentralregister einen Zeitraum von drei Steuerjahren abdecken. Um den bürokratischen Aufwand weitestgehend zu minimieren, sollte es möglich sein, dass Unternehmen bei Einführung des Zentralregisters alternativ bestätigen können, dass sie für den Zeitraum der beiden vergangenen Steuerjahre sowie für

das laufende Steuerjahr bislang keine De-minimis-Beihilfen erhalten haben. Hierdurch sollte mit sofortiger Wirkung der Artikel 6 Abs. 1 für diese Unternehmen entfallen.

De-minimis Bescheinigungen müssen elektronisch versandt werden können

Die Ausgabe der De-minimis-Bescheinigung durch die beihilfegewährende Stelle sollte auch in elektronischer Form möglich sein, analog zur Erklärung des Beihilfeempfängers. Dies würde zu einer Entlastung bei der Zustellung der Bescheinigungen führen, die Verwaltungskosten senken und einen weiteren Impuls zur Beschleunigung der Digitalisierung innerhalb der EU bringen.

Weitere grundlegende Vereinfachungen sinnvoll

Bei größeren Fördermaßnahmen haben sich Beihilfen nach De-minimis durchaus bewährt. Bei sehr kleinteiligen Förderbeträgen steht aber der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu den potenziellen Auswirkungen auf den Wettbewerb. Einen ersten Vorstoß hierzu hat die Kommission bereits unternommen, indem sie die AGVO in Hinblick auf ETZ-Projekte angepasst hat und durch die Einführung des Artikels 20a geringe Beihilfen bis 20.000€ für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit als mit dem Binnenmarkt vereinbar deklariert und anmeldefrei gestellt hat. Diese Vereinfachung sollte auch bei sehr geringfügigen De-minimis-Beihilfen Anwendung finden. Extrem kleine und daher vernachlässigbare Förderbeiträge, z. B. bis max. 1000 EUR pro Einzelbeihilfe, sollten in diesem Sinne von der beihilferechtlichen Betrachtung für KMU gänzlich ausgenommen werden. Fördergebende Stellen und Unternehmen sollten bei solchen geringfügigen Förderbeträgen von Erleichterungen profitieren und keine Eintragungs- und Dokumentationspflichten nach der De-minimis-Verordnung erfüllen müssen.

Ansprechpartner/in: Dr. Peter Weiss

Abteilung: Gewerbeförderung
+49 30 20619-320
weiss@zdh.de · www.zdh.de

Ansprechpartner/in: Tim Krögel

Abteilung: Europapolitik
+32 2 23085-39
kroegel@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin
EU Transparenzregister Nr. 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de